

# STELLUNGNAHME

## ZUM SPD-DIALOGPAPIER „Digitale Innovationen“

### Vorbemerkung

Die Digitalisierung hat natürlich schon längst im Alltag Einzug gehalten: Computer, Laptops und Smartphones werden privat und beruflich breit genutzt. Viele Prozesse sind bereits automatisiert und die ersten vernetzten Produktionsanlagen laufen bereits. Aber dennoch wurde die grundlegende Bedeutung der Entwicklung im gesellschaftlichen Diskurs sehr lange unterschätzt. In der Wissenschaft, bei Think-Tanks und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren war die Digitalisierung lange ein Nischenthema, auch in Politik und Verwaltung beschäftigten sich in der Vergangenheit nur wenige Vorreiter mit dem Thema.

So ist es wenig verwunderlich, dass Deutschland beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur (Breitbandausbau), Bildungspolitik, Verwaltungsmodernisierung oder Start-Up-Ökosystem nicht so gut vorbereitet ist, wie es wünschenswert wäre. Wir haben bis jetzt zu spät und zu zaghaft auf die Entwicklung reagiert. Im 21. Jahrhundert sollte jedoch niemand mehr die Durchschlagskraft von Vernetzung, Digitalisierung und Automatisierung unterschätzen. Es ist jetzt dringend geboten, uns dieser Aufgabe zu stellen!

Auch die Politik hat – wie beschrieben – die Bedeutung der Digitalisierung erst spät erkannt. Dies hat sich in den letzten Jahren zwar geändert, jedoch scheint es so, als ob der Erkenntnisprozess noch nicht abgeschlossen ist. In jedem Fall haben wir ein großes Umsetzungsproblem. Denn während das Thema in der politischen Rhetorik bereits einen Stammplatz gefunden hat, ist das konkrete politische Handeln immer noch zögerlich und abwartend.

Vor diesem Hintergrund begrüßen DIE JUNGEN UNTERNEHMER das Dialogpapier der SPD-Bundestagsfraktion. Es stellt aus ihrer Sicht die richtigen Fragen und deutet an vielen Stellen sinnvolle Lösungen an. Es ist gut, dass sich die SPD-Bundestagsfraktion mit der Digitalisierung beschäftigt. DIE JUNGEN UNTERNEHMER teilen die Einschätzung, dass diese alle Bereiche menschlichen Handelns beeinflussen wird und eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist.

## 1. These zu Gründungsbereitschaft und Unternehmenswachstum

DIE JUNGEN UNTERNEHMER stimmen der ersten These voll zu.

Um die Situation zu verbessern ist es aus unserer Sicht vor allem nötig, im Bildungsbereich anzusetzen. So findet ökonomische Bildung an Schulen in Deutschland zurzeit nicht systematisch und flächendeckend statt. Es gibt in einigen Bundesländern Schulfächer – wie Wirtschaft und Recht an bayerischen Gymnasien – die explizit auch ökonomische Inhalte

# STELLUNGNAHME

vermitteln sollen. Hierbei handelt es sich jedoch zumeist um Mischfächer, die zudem nur in wenigen Klassenstufen unterrichtet werden.

Einen flächendeckend in allen Bundesländern und an allen weiterführenden Schulen eingeführten Wirtschaftsunterricht in einem eigenständigen Fach gibt es in Deutschland jedoch nicht. Für viele Schüler beschränkt sich die Behandlung von wirtschaftlichen Inhalten somit auf wirtschaftsferne Fächer wie Geschichte oder Geographie. Ihnen fehlt damit theoretisches und praktisches Wissen über wirtschaftliche Abläufe, was eine spätere Gründungsneigung sicher nicht fördert. Diesen Missstand können auch Projekte zum Austausch zwischen Wirtschaft und Schule (wie »Schüler im Chfesssel« von DIE JUNGEN UNTERNEHMER) nicht wettmachen, so wünschenswert sie im Einzelfall sind.

Die flächendeckende Einrichtung eines Faches für den Wirtschaftsunterricht an allen weiterführenden Schulen in allen Bundesländern wäre sehr zu begrüßen. Immerhin gibt es immer wieder Bundesländer, die hier mutig vorangehen, so zum Beispiel die ehemalige grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg.

Auch an den Universitäten kommt das Thema Unternehmensgründung insgesamt noch zu kurz – sowohl in den Lehrplänen, als auch in Form von Projekten, Gründertrainings und anderen Angeboten. Dabei zeigt die Erfahrung, dass es aus dem universitären Bereich erfolgreiche Gründungen, gerade auch im Bereich von High-Tech-Unternehmen geben kann. Um dieses Potential zu heben, sollten einerseits praxisorientierte Kurse zum Thema Unternehmensgründungen angeboten werden. Andererseits sollten die Universitäten ihr Angebot an Beratungen für potentielle Gründer ausbauen. Junge Gründer berichten auch immer wieder, dass die Universitäten im Bereich Unternehmensgründungen noch zu sehr mit den Methoden der Vergangenheit arbeiten. So ist es heute im Bereich von High-Tech-Start-Ups eher unüblich, 40-seitige Business Pläne schon lange vor der Gründung zu schreiben. Stattdessen wird heute iterativ gearbeitet, junge Unternehmen entwickeln oftmals Produkt und Business Case parallel und fortlaufend. Die Universitäten sollten sich diesem agilen Vorgehen öffnen.

Die Politik kann aber auch an anderer Stelle ganz direkt Einfluss auf die Gründungsbereitschaft nehmen: Jede politische Äußerung, in der Unternehmer und das Unternehmertum pauschal schlecht geredet werden, trägt zur sinkenden Gründungsbereitschaft bei. Wenn die Politik aufhören würde, das deutsche Unternehmertum schlecht zu reden, könnten Sie einen großen Beitrag zur Verbesserung des Gründungsklimas leisten.

## 2. These zu Gründungsbereitschaft und Unternehmenswachstum

Der zweiten These stimmen wir ebenfalls zu. Auch nach Beobachtung von DIE JUNGEN UNTERNEHMER gibt es eine besonders gravierende Finanzierungslücke für junge Unternehmen in der Wachstumsphase. DIE JUNGEN UNTERNEHMER sind ebenfalls der Auffassung, dass dies nicht durch eine unmittelbare Förderung mittels Steuergelder ausgeglichen werden kann. Nachhaltiger wäre es stattdessen nach unserer Auffassung die Rahmenbedingungen für Venture Capital zu verbessern, damit sich mehr privates Kapital für die Wachstumsfinanzierung findet.

Abgesehen von den Kosten für die öffentlichen Haushalte und den grundsätzlichen Bedenken gegenüber einer direkten Staatseinmischung in die Wirtschaft, sind wir der Meinung, dass die öffentliche Hand private Investoren gerade in der Wachstumsphase nicht ersetzen kann. Denn private Investoren bringen immer auch ihr Know-How und ihre Kontakte in ein Unternehmen ein, an dem sie sich beteiligen. Gerade in der Wachstumsphase kann dies den entscheidenden Unterschied zwischen einer erfolgreichen Expansion oder einer Pleite ausmachen. Der Staat kann diese immaterielle Unterstützung nicht ersetzen.

Für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstumskapital bieten sich auch nach Ansicht der jungen Unternehmer als Ansatzpunkte die großen Kapitalsammelstellen, die Beibehaltung der steuerfreien Veräußerung von Anteilen im Streubesitz sowie die Einführung eines neuen Börsensegmentes an. All diese Punkte werden richtigerweise im Papier genannt. Darüber hinaus würden wir anregen, den Punkt der Verlustübertragung aufzunehmen:

Wenn die erste Gründungsphase (in der Regel mit anlaufenden Verlusten) abgeschlossen ist, müssen Nach-Investoren gewonnen werden. Diese aber werden nur dann investieren, wenn sie die Verluste steuerlich mit übernehmen können. Aufgrund des beschränkten Verlustabzugs gem. § 8c KStG wird aber der Erwerb einer Beteiligung an einem Unternehmen, das Verluste aufweist, massiv behindert. Hiervon sind Start-Ups und ganz besonders High-Tech-Start-Ups mit hohen Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Investitionen betroffen. Zwar sieht § 8c KStG mittlerweile grundsätzlich von einem Verfall der laufenden Verluste und Verlustvorträge ab, wenn zum Zeitpunkt des Beteiligungserwerbs genügend stille Reserven zur Deckung der Verluste vorhanden sind. Allerdings sind solche gerade in der Frühphase mangels planbarer Geschäftsaussichten oft nicht vorhanden. Im Rahmen einer Neugestaltung des § 8c KStG ist vom Gesetzgeber deshalb darauf zu achten, dass im Zuge der Hereinnahme von neuen Gesellschaftern nach Ablauf der Gründungsphase keine (oder nicht zu erheblich aufgelaufene) Verluste untergehen. Die Wirkung sollte sich auf den missbräuchlichen Mantelkauf beschränken, um so auch betriebswirtschaftlich notwendige Umstrukturierungen zu ermöglichen.

Einen indirekten, aber wahrscheinlich signifikant positiven Effekt auf den Venture Capital Markt hätte die Einführung einer Eigenkapitalunterlegung für Staatsanleihen.

Nach Basel III werden Staatsanleihen gegenüber Krediten an die Privatwirtschaft bevorzugt und generell als risikoärmer eingestuft. Während Banken bei der Kreditvergabe an Unternehmen einen bestimmten Prozentsatz des Kredites an Eigenkapital vorhalten müssen, brauchen sie Investitionen in Staatsanleihen nicht mit Eigenkapital zu unterlegen. Unter dem Ziel der Maximierung der Eigenkapitalrendite werden so Kredite an den öffentlichen Sektor massiv bevorzugt, da schon geringe Differenzen zwischen Zinseinnahmen und Fremdkapitalkosten für die Bank zu hohen Eigenkapitalrenditen führen.

Verstärkt wird diese Bevorzugung von Staatsanleihen nach Basel III noch, da sie als hoch liquide Mittel gelten (die von den Banken im bestimmten Umfang vorgehalten werden müssen).

# STELLUNGNAHME

Beide Bestimmungen (Eigenkapitalprivileg und Einstufung als liquides Mittel) lassen sich jedoch vor dem Hintergrund zahlreicher Staatsschuldenkrisen sachlich nicht rechtfertigen.

Um diese ungerechtfertigte Bevorzugung des öffentlichen Sektors bei Kreditvergaben zu korrigieren, sollte die Pflicht zur Eigenkapitalunterlegung für Kredite an die Öffentliche Hand eingeführt werden. Dies wäre ein wichtiger Schritt, damit wieder mehr Kapital für die Investition in Unternehmen im Allgemeinen und in Start-Ups im Besonderen zur Verfügung steht. Zudem würde sich die Stabilität des Finanzsektors deutlich erhöhen, da die negativen, oft existenzbedrohenden Folgen von Staatsschuldenkrisen für Banken gemildert würden.

Über all diese Punkte hinaus wäre es grundsätzlich förderlich, endlich ein eigenkapital-neutrales Steuersystem umzusetzen. Zurzeit werden Gewinne aus investiertem Fremdkapital gegenüber solchen aus investiertem Eigenkapital in Deutschland privilegiert.

Fremdkapitalzinsen sind steuerlich abzugsfähig, Eigenkapitalzinsen jedoch nicht. Dies könnte durch die Einführung einer Schutzzinsbereinigung für die Bemessungsgrundlagen bei der Besteuerung des Gewinns von Unternehmen behoben werden. Es könnte rechtsformunabhängig gestaltet werden und würde starke Anreize zur Bildung von Eigenkapital setzen – gerade auch für junge Unternehmen, die ihre Eigenkapitalbasis erst aufbauen müssen.

## These zu digitalen Innovationen im ländlichen Raum und in Metropolgebieten

Dieser These stimmen wir teilweise zu. Es ist absolut richtig, dass die Digitalisierung alle Regionen unseres Landes prägen wird. Damit dieser Einfluss positiv ist, sollten wir unbedingt dafür sorgen, dass der Breitbandausbau auf dem Land vorankommt. Die öffentliche Hand sollte ihren Fokus beim Breitbandausbau jedoch nicht nur auf den ländlichen Raum legen, sondern auch den Ausbau in den Städten vortreiben. Denn diese stehen im internationalen Standortwettbewerb mit Städten in Ländern wie Südkorea, die uns beim Breitbandausbau weit voraus sind. Und es wäre vermessen zu glauben, dass sich international orientierte Start-Ups auf einmal im ländlichen Raum niederlassen würden. Bei diesem Wettlauf um die besten Köpfe hat zurzeit vor allem Berlin eine Chance mitzuhalten. Aber schon für die anderen großen Städte wie München, Hamburg oder Köln wird es schwer. Wir sollten deswegen nicht den Fehler begehen, über die richtige und wichtige Förderung des ländlichen Raumes diese internationale Konkurrenzsituation außer Acht zu lassen.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER schlagen zudem vor, die Fördermittel zum Breitband-ausbau ganz auf den Ausbau des Glasfasernetzes zu konzentrieren. Denn nur Glasfasernetze sind in der Lage, die mittelfristig benötigten Bandbreiten der Gigabit-Gesellschaft zu ermöglichen. Die Öffentliche Hand sollte Ihre Investitionen deswegen hierauf konzentrieren. Zur Finanzierung gibt es verschiedene Möglichkeiten. Unser Vorschlag wäre es zum Beispiel die verbliebenen Telekomaktien im Staatsbesitz zu veräußern, um mit den Erlösen den Glasfaserausbau voranzubringen. Bei einem möglichen Erlös zwischen 10 bis 20 Mrd. Euro ließe sich der Ausbau der Glasfasernetze so entscheidend voranbringen.

## These zu Chancen und Risiken der Sharing Economy

Dieser These stimmen DIE JUNGEN UNTERNEHMER voll und ganz zu! Wie bei jeder grundlegenden Transformation gibt es natürlich auch bei der Digitalisierung Risiken – wenn wir uns jedoch nur auf diese fokussieren, wird es uns kaum gelingen, die Digitalisierung erfolgreich zu bewältigen. Das größte Risiko ist ohnehin, dass Deutschland die Entwicklung verpasst und so seine Vorreiterrolle in vielen Wirtschaftsbereichen verliert.

DIE JUNGEN UNTERNEHMER empfehlen deshalb dringend, nicht zu versuchen technologisch überkommene Geschäftsmodelle regulatorisch zu schützen, sondern den Rechtsrahmen schnell an die neuen technischen Realitäten anzupassen. Nur so wird es Unternehmen in Deutschland gelingen, neue, in der digitalisierten Welt tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln. Ansonsten werden wir auch auf anderen Gebieten erleben, dass Firmen aus den USA, wie Airbnb oder Uber, tradierte Märkte aufbrechen und wirtschaftlich weltweit erfolgreich sind.

Auch in anderen Bereichen brauchen wir dringend einen angepassten Rechtsrahmen – vom modernen Arbeitsrecht bis zu den Feldern Urheberrecht oder Datenschutz.

## Ergänzung Digitalisierung des Bildungswesens

In einer Wissensgesellschaft kommt der Bildungspolitik eine zentrale Rolle bei der Zukunftsgestaltung zu. Die erfolgreiche Bewältigung der Digitalisierung wird uns nicht gelingen, wenn wir bei unserem analogen Bildungssystem bleiben. Dies gilt umso mehr, da es zunehmend leistungsfähigere Maschinen geben wird, die einen immer größeren Teil der Routineaufgaben übernehmen werden. Dies betrifft (anders als in vorhergehenden Industriellen Revolutionen) insbesondere auch akademisierte Berufe, wie Juristen, Ärzte oder Steuerberater.

Die unmittelbare Folgerung hieraus ist wenig überraschend: Kindern und Jugendlichen sollten die bestmöglichen Bildungsangebote gemacht werden. Dies schließt sowohl gut ausgebildete Lehrer, modernisierte Lehrpläne als auch eine gute Bildungsinfrastruktur ein. Das Leitprinzip sollte dabei aus Sicht von DIE JUNGEN UNTERNEHMER die Eigenständigkeit der Kinder sein, ergänzt durch den Zweiklang aus Fordern und Fördern.

Die Förderung einer hohen Eigenständigkeit ist von besonderer Bedeutung: In einer digitalen Gesellschaft sind die wichtigsten absoluten und komparativen Vorteile des Menschen seine Fähigkeiten zu kreativem Denken, zur flexiblen Anpassung an die unterschiedlichsten Anforderungen, zu Reflexion und kritischem Denken und zur komplexen Kommunikation sowie natürlich seine Teamfähigkeit. All diese Fähigkeiten erfordern eine hohe Eigenständigkeit und eine Erziehung, die darauf aus ist, Kreativität, Neugier und Eigenverantwortung zu fördern. Reines Wissen ist in der digitalen Gesellschaft schnell über Algorithmen abrufbar. Dennoch ist die schulische Wissensvermittlung und eine breite Allgemeinbildung eine wesentliche Voraussetzung für die soeben genannten Fähigkeiten.

# STELLUNGNAHME

Das deutsche Schulsystem ist glücklicherweise besser auf diese Anforderungen vorbereitet als die Lernkulturen in anderen Ländern. Ein reiner Frontalunterricht findet bei uns relativ selten statt, reines Auswendiglernen gilt schon lange nicht mehr als das höchste Bildungsideal. Es wird jedoch jetzt darum gehen, die bestehenden positiven Ansätze auszubauen, um unsere Gesellschaft auf die Digitalisierung vorzubereiten. Diese Forderung ist einerseits sehr allgemein, andererseits in der Umsetzung keineswegs trivial.

Eine weitere wichtige, wenn auch speziellere Forderung, ist aus Sicht von DIE JUNGEN UNTERNEHMER die flächendeckende Einführung des Schulfachs Informatik als Wahlfach an weiterführenden Schulen. Nicht jeder Schüler muss eine Programmiersprache lernen – aber diejenigen, die hieran Interesse haben, sollten dazu frühestmöglich eine Möglichkeit haben. Die Entwicklung zur digitalen Gesellschaft sollte sich jedoch im gesamten Lehrplan wiederfinden, sie betrifft schließlich alle Schüler, alle Lebensbereiche und damit auch alle Schulfächer. DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern deswegen alle Bundesländer auf, die Lehrpläne in Fächern wie Physik, Sachkunde oder Geschichte daraufhin zu überprüfen, an welchen Stellen Grundwissen für die digitale Gesellschaft aufgenommen werden kann (z. B. Was ist eine Programmiersprache? Wie entstand das Internet?). Auch die Lehrerausbildung sowie die Weiterbildungsangebote in allen Fächern müssen entsprechend angepasst werden.

Im Bereich der beruflichen Bildung ist aus Sicht von DIE JUNGEN UNTERNEHMER die Stärkung des erfolgreichen dualen Systems die ideale Antwort auf die Herausforderung der Digitalisierung. Natürlich sollten Veränderungen beispielsweise in der Maschinensteuerung oder bei der Vernetzung der Produktion schnellstmöglich in die Ausbildungsgänge integriert werden. Einer strukturellen Veränderung bedarf es jedoch nicht, im Gegenteil, das duale Ausbildungssystem ist grundsätzlich gut für die Anforderungen der digitalen Gesellschaft gerüstet.

Dies gilt auch für den Bereich der Weiterbildung: Weitere staatliche Eingriffe wie beispielsweise den Ausbau der Bundesagentur für Arbeit in eine Agentur für Arbeit und Weiterbildung lehnen wir ab. Warum der öffentliche Sektor, der selbst kaum mit der Digitalisierung Schritt halten kann, der ideale Ratgeber bei der Weiterbildung sein soll, erschließt sich uns nicht. Betriebe und Mitarbeiter können die notwendige Weiterbildung selbst organisieren und machen dies auch in der Praxis.

Der bereits laufende Prozess der Digitalisierung bedarf im Grundsatz keiner staatlichen Planifikation. In den Ministerien der Bundesregierung ist hierzu nicht per se das Vorhandensein oder das Entstehen von mehr Wissen zu vermuten als in anderen Bereichen der Zivilgesellschaft, so insbesondere in - auch kleineren - Unternehmen. Aber der Prozess kann und soll vom Bund und den Ländern sinnvoll begleitet werden.

An Universitäten und Fachhochschulen sollte dringend ein Studiengang Datenwissenschaften oder auch Data Sciences eingeführt werden. Die Bedeutung der Analyse und des Verständnisses von Daten wird zwangsläufig zunehmen, da aufgrund der technischen Entwicklung immer mehr Daten zur Verfügung stehen werden. In einem solchen Studiengang müssen mathematische und statistische Kenntnisse, IT-Wissen sowie betriebs- bzw. volkswirtschaftliche Inhalte kombiniert werden. Zur erfolgreichen Datenanalyse gehört neben dem handwerklichen Rüstzeug auch die Befähigung dazu, die richtigen Fragen zu stellen.